

Im Teufelskreis der nutzlosen Staatshilfen

Denkfabrik Trotz des jahrelangen Booms am deutschen Arbeitsmarkt ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen kaum gesunken. Woran liegt das – und was muss passieren?

TEXT HILMAR SCHNEIDER

Es klingt nach einer beeindruckenden Erfolgsgeschichte: Seit 2005, als die Arbeitsmarktkrise in Deutschland ihren Höhepunkt erreichte, ist die Beschäftigung hierzulande stetig gewachsen. Damals wurden 39 Millionen Erwerbstätige gezählt – heute sind es über 45 Millionen, ein absolutes Rekordniveau in der Nachkriegsgeschichte. Rein rechnerisch dürfte es in Deutschland überhaupt keine Arbeitslosigkeit mehr geben, denn der Beschäftigungszuwachs um sechs Millionen ist weit höher als die Zahl der damals fünf Millionen Arbeitslosen.

Gemessen daran ist die Zahl der Arbeitslosen mit aktuell 2,3 Millionen Menschen allerdings immer noch erschreckend hoch. Noch erschreckender ist, dass laut Bundesagentur für Arbeit (BA) gut ein Drittel dieser Menschen mindestens zwölf Monate am Stück arbeitslos bleibt. Dieser Anteil ist trotz Jobboom seit Jahren nahezu konstant. Dazu muss man wissen, dass kurzzeitige Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit, etwa wegen der Teilnahme an einer kurzfristigen Fördermaßnahme oder der Aufnahme eines Gelegenheitsjobs, zu einem Zurücksetzen der Uhr führen, ob-

„Laut OECD-Statistik liegt Deutschland bei der Langzeitarbeitslosenquote gleichauf mit Krisenländern wie Spanien oder Portugal“

wohl sich an der Situation der Betroffenen wenig ändert. Die Zahl der Arbeitslosen, die massive Probleme bei der Suche nach einem dauerhaften Job haben, ist daher weit höher, als es die BA-Zahlen signalisieren. Folgt man der Statistik der OECD, die kurzzeitige Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit außer Betracht lässt, liegt Deutschland bei der Langzeitarbeitslosenquote gleichauf mit Krisenländern wie Spanien oder Portugal.

Der Beschäftigungszuwachs der vergangenen Jahre ist den Arbeitslosen folglich weit weniger zugute gekommen, als die Statistik glauben macht. Fast die Hälfte des Rückgangs der Arbeitslosigkeit lässt sich auf demografische Effekte in Ostdeutschland zurückführen. Statt eine Beschäftigung aufzunehmen, gehen viele Arbeitslose in Ostdeutschland nach und nach in Rente. Der Beschäftigungszuwachs speist sich stattdessen aus einem stetigen Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung und einer beachtlichen Zuwanderung aus den EU-Staaten.

Fakt ist: Die klassischen Maßnahmen wie Weiterbildung oder Lohnkostenzuschüsse sind als Instrument gegen Langzeitarbeitslosigkeit gescheitert. Um das Kernproblem der Langzeitarbeitslosigkeit zu beheben, bedarf es eines Perspektivwechsels – und zwar auf die Sicht der Betroffenen. Jeder Jobverlust kann eine fatale psychologische Eigendynamik entwickeln. Wenn es den Betroffenen nicht gelingt, innerhalb weniger Monate neuen Anschluss zu finden, kann das schwerwiegende Folgen für die Psyche haben. Jede Absage bedeutet eine Verletzung der persönlichen Würde und wird als Kontrollverlust empfunden. Wer mehrfach hintereinander eine Absage kassiert hat, fängt an, Strategien zu entwickeln, um sich der Wiederholung solcher Enttäuschungen zu entziehen.

Das führt nicht zwangsläufig dazu, sich beim nächsten Mal besser vorzubereiten

oder sich realistischere Ziele zu setzen. Es kann paradoxerweise auch dazu führen, dass Betroffene aktiv das Scheitern eines Bewerbungsgesprächs herbeiführen, weil sie so wenigstens die Kontrolle über das Verfahren behalten. Aus Angst vor erneuter Enttäuschung wird die eigene Situation als normal deklariert; man orientiert sich an Schicksalsgefährten, denen es ähnlich geht. Wer an diesem Punkt angelangt ist, lässt sich mit herkömmlichen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten kaum noch erreichen. Der Versuch der staatlichen Arbeitsverwaltung, mit Jobangeboten zu helfen, funktioniert nicht mehr; Weiterbildungsangebote oder staatlich finanzierte Beschäftigungsverhältnisse bieten aufgrund ihrer Befristung nur vorübergehend Erleichterung. Anschließend finden sich die Betroffenen in der gleichen Misere wieder wie zuvor. So gesellt sich zum Teufelskreis der Langzeitarbeitslosigkeit der Teufelskreis der nutzlosen Hilfe.

Was in dieser Situation allenfalls noch helfen kann, ist die Abkehr von Pauschalprogrammen hin zu einer individuellen Eins-zu-eins-Betreuung von scheinbar „Unvermittelbaren“, die Erfolgserlebnisse in kleinen Schritten verschafft. Sicher, das ist extrem teuer. Daher sollte diese psychosoziale Intensivhilfe nicht von der BA, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus dem allgemeinen Steuertopf finanziert werden.

Zeitarbeit nicht stigmatisieren

Es wäre zudem viel gewonnen, wenn es besser gelänge, Arbeitssuchende vor einem Berg an gescheiterten Bewerbungen zu bewahren. Ein Beitrag der Politik könnte darin bestehen, die Stigmatisierung der Zeitarbeit zu beenden. Statt diese Erwerbsform bei jeder Gelegenheit zu brandmarken und in ihren Entfaltungsmöglichkeiten einzuschränken, sollte man ihre Rolle als Sprungbrett für Arbeitssuchende stärken. Und warum die Zeitarbeit nicht auch als Vehikel für marktorientierte Weiterbildung nutzen? So ließe sich mutmaßlich weit mehr erreichen, als es im Sinne des geplanten „Arbeit-von-morgen-Gesetzes“ der Arbeitslosenversicherung zu überlassen, auf den vermeintlichen Weiterbildungsbedarf der Zukunft zu spekulieren. ■



HILMAR SCHNEIDER, 62, ist Arbeitsmarktökonom und seit 2016 Leiter des Institute of Labor Economics (IZA) in Bonn.